



Verlagspostamt 1070

An einen Haushalt P.b.b.

## Die Packerln

Im Rückblick auf das Jahr 1996 kann man/frau sagen, daß es modisch geworden ist Leuten Packerln aufzudrängen, die sie eigentlich gar nicht wollten. Das „Sparpaket“ der Regierung vom Anfang des Jahres war vermutlich die größte derartige Mogelpackung der letzten Jahre. Da die Nationalratswahlen erst vor kurzer Zeit stattgefunden hatten, konnte auch die Annahme dieses Danaergeschenkens nicht verweigert werden. Diese innovative Vorgangsweise der Regierung ermunterte auch andere Politiker kräftig zu „sparen“. Überall wurden Sozialleistungen „eingespart“ und Leistungen an die BürgerInnen gekürzt. Die Beispiele fielen auch in Gablitz auf fruchtbaren Böden.

Nachdem die politische Schonfrist für die GemeindebürgerInnen nach der Gemeinderatswahl 1995 abgelaufen war, schnürten auch VBM Ehrengrubner und seine Freunde ein hübsches, nettes Sparpackerl für Gablitz. Wie auf Regierungsebene spart die Gemeinde in den Taschen der anderen. Wie von der LiGa bereits angekündigt und von der SPÖVP bis zum Mai heftig dementiert, wurden die wichtigsten Gemeindeabgaben kräftig hinaufgeschmalzt. Die Erhöhung der Inseratentartarife im Amtsblatt um 10 % fiel ja noch relativ milde aus, eine Seite im Amtsblatt kostet jetzt S 4.400,--. Wesentlich höher fielen jene Steigerungen aus, die die breite Masse der Bevölkerung trifft. Die Wasserbereitstellungsgebühr wurde für Standardwasserzähler um 30 % erhöht. Daß gleichzeitig auch die Wasserverluste wieder gestiegen sind (19,5 % des Trinkwassers gehen infolge undichter Leitungen und Armaturen im öffentlichen Netz verloren) macht diese Maßnahme besonders „sinnvoll“. Irgendwo muß ja das Geld für das verlorene Wasser eingebracht werden.

Ebenfalls gestiegen ist die Aufschließungsabgabe auf S 5.632,--/m<sup>2</sup> und die Regenwasserkanalbenutzungsgebühr auf S 6,80/m<sup>2</sup>. Diese Gebührenerhöhung ist vor allem in Hinblick auf die Schwellenwertverordnung des Landes NÖ, das den Mindestwert mit S 3,20 festsetzt, interessant. Der Schwellenwert bestimmt zwar nur einen einzu-

hebenden Mindestwert (nach oben haben die Gemeinden leider freie Hand) das Ausmaß der Überschreitung zeigt jedoch wie es mit den Finanzen einer Gemeinde bestellt ist. Ein noch krasserer Beispiel ist die Erhöhung der Schmutzwasserkanalbenutzungsgebühr. Diese steigt um 14 % auf S 21,-- während der Schwellenwert des Landes bei S 10,80 liegt... Ein Schäufel nachgelegt wurde jetzt noch in der Gemeinderatssitzung im Dezember. Die Änderung des NÖ Kanalgesetzes und der damit verbundenen Neufestsetzung der Berechnungsfläche wurde dafür benutzt den Einheitssatz ab 1. 1. 1997 auf S 27,50/m<sup>2</sup> zu erhöhen. Für die Benutzung eines Regenwasserkanals kommen noch einmal 10 % dazu.

Das Sparpackerl der Gemeinde wurde also ordentlich gefüllt, den Grund konnte VBM in der Gemeinderatssitzung ebenfalls angeben. Da die bisherigen Überschüsse bei Wasser und Kanal bisher in andere Projekte (wie dem Bauhof) geflossen sind, müssen diese Gebühren jetzt erhöht werden. Daß er damit sämtliche Vorwürfe der LiGa der letzten Jahre gegen den überdimensionierten Bauhof bestätigte, fiel ihm im ersten Moment vermutlich gar nicht auf.

Durch alle diese Erhöhungen (Quaksprech: „Anpassungen“) spart die Gemeinde in **Ihrem** Geldbörse, sehr geehrte/r LeserIn, jährlich über ca. S 1.000,--.

Falls Sie also noch überlegen, was Sie Ihren Lieben zum nächsten Anlaß schenken sollen, empfehlen wir Ihnen ebenfalls so ein tolles Sparpackerl wie das von VBM Ehrengrubner. Schenken sie es Ihren Kindern und knöpfen Sie Ihnen dafür Ihr ganzes Taschengeld ab. Die hoffnungsvollen JungbürgerInnen sollen sich beizeiten an diese allgemeine Packerlphilosophie gewöhnen. Und Sie ersparen sich das echte Sparen im Bereich Ihrer Ausgaben.

Gottfried

## Bericht von der Gemeinderatssitzung vom 31. 10. 1996

### Tagesordnung

#### 1. Feststellung der Beschlußfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Entschuldigt: Ratzka (SPÖ), Querfeld (ÖVP), Weiss (LiGa)

Der Tagesordnungspunkt 14 wird vom Bürgermeister zurückgezogen.

#### 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. 5. 1996

Das Protokoll wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmung: 20 dafür - 0 dagegen - 0 Enthaltungen

Der Bürgermeister berichtete im Anschluß an diesen Tagesordnungspunkt, daß das Postamt Gablitz ab 4. 11. 1996 nur mehr als Außenposten von Purkersdorf geführt wird. Es werden noch zwei SchalterbeamtInnen verbleiben, die Briefträger jedoch werden von Purkersdorf aus arbeiten. Der BM hofft, daß damit die Zustellung genauer wird.

#### 3. Ergebnis des Gutachterverfahrens für den Neubau des Kindergartens II

Von den 7 Plänen und Modellen wurden von der Jury 4 ausgeschieden, da sie nicht der Bauordnung entsprachen. Die Kritik der LISTE GABLITZ richtete sich an die Zusammensetzung der Jury. Diese setzte sich nicht aus dem zuständigen Kindergarten-ausschuß zusammen, sondern nur aus dem Gemeindevorstand (bei dem die Minderheitsfraktionen ausgeschlossen sind). Den ersten Platz vergab die Jury an die Fa. Howe (Fertigteilbau), Platz zwei belegte Arch. Schmidt, Platz drei Arch. Beiglböck. Diese drei Preisträger erhalten die ausgesetzten Prämien von 15.000,--, 10.000,-- und 5.000,-- Eine Abstimmung darüber erfolgte im Gemeinderat nicht.

#### 4. Planungsauftrag Neubau Kindergarten II

Obwohl die Jury der Fa. Howe den ersten Preis zugesprochen hat, sprach sich doch die Mehrheit der Gemeinderäte für die Verwirklichung des Projektes 2 aus. Auch bei der Ausstellung der Projekte anlässlich der EU Wahl hat sich die Mehrheit der Bevölke-

rung für das Projekt von Arch. Schmidt ausgesprochen. Da auch die Preise annähernd gleich waren (Howe: 12 Mio., Schmidt: 12,2 Mio., Beiglböck: 12,1 Mio.) entschied nur die Qualität des Projektes.

Der Auftrag für Planung, Ausschreibung und Bauleitung erhält daher der Purkersdorfer Architekt Schmidt zu einem fixen Pauschalhonorar von S 960.000,--.

Abstimmung: 19 - 0 - 1 (Knoll), angenommen

#### 5. Schulumbau, Auftragsvergabe Baumeisterarbeiten

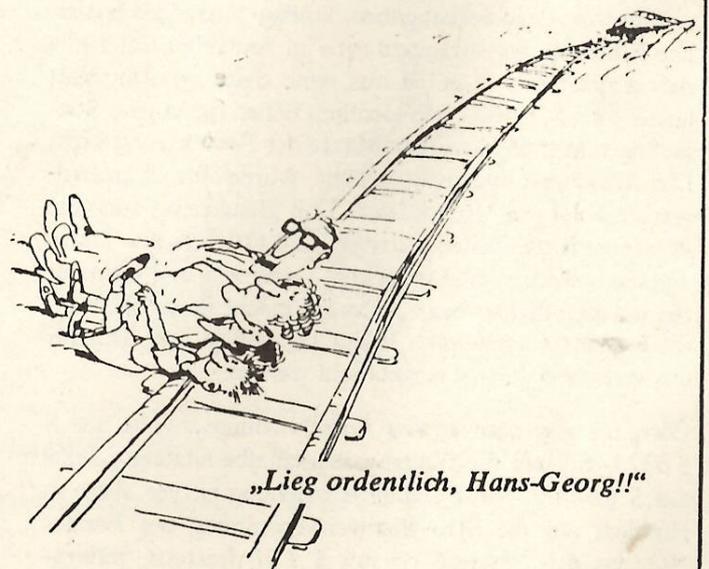
Für die Baumeisterarbeiten für den Umbau der Schule wurde eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt bei der 7 Angebote abgegeben wurden. Bestbieter ist die Fa. Leitzinger mit 5,616 Mio. vor der Fa. Sandlerbau (5,670 Mio.) und der Fa. Mayreder (5,919 Mio.). GGR Kadlec empfahl daher den Auftrag an die Fa. Leitzinger zu vergeben.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

#### 6. Schulumbau, Auftragsvergabe der Planung für Haustechnik und Statik

Für Haustechnik und Statik wurde keine Ausschreibung durchgeführt sondern nur Angebote eingeholt. Die Konsulentenleistung für Statik soll an Herrn Dipl. Ing. Novotny um S 275.000,-- vergeben werden.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen



„Lieg ordentlich, Hans-Georg!!“

Für die Haustechnik liegen Angebote der Fa. PME (Ollern) um S 140.000,- und der Fa. Grill (Gablitz) um S 331.000,- vor. GGR Kadlec empfahl die Fa. PME zu beauftragen.

Abstimmung: 18 - 0 - 2 (Gänger, Klimitsch), angenommen

## 7. Sporthauptschule Klosterneuburg, Sprengelfestsetzung

GGR Hlavaty berichtet, daß in Klosterneuburg eine neue Sporthauptschule errichtet wurde. Gablitz, das bisher zum Sprengel der Sporthauptschule Tulln gehört könnte somit die Zugehörigkeit wechseln. Da die Verkehrsverbindungen nach Tulln jedoch ungleich günstiger sind als nach Klosterneuburg, stellt GGR Hlavaty den Antrag beim Sprengel Tulln zu verbleiben.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 8. Darlehensaufnahmen

VBM Ehrengruber berichtet, daß ein Darlehen in der Höhe von 8,75 Mio. aufgenommen werden muß (6,55 für den Straßenbau, 1,2 Mio für den Bauhof, 1 Mio für die Adaptierung des Schulkellers für den Kindergarten). 5 Banken wurden zur Angebotslegung eingeladen (Laufzeit 15 Jahre, Angebote auf Basis Sekundärmarktrendite bzw. verschiedene Vibors), wobei drei annähernd gleiche Angebote abgegeben haben. Den Zuschlag erhielt die Raika Gablitz, da sie neben einem Zinssatz von 3,54 % auch die Zusage abgab, daß das Heimatmuseum bis 1998 zur gleichen Miete in ihrem Gebäude bleiben darf. D.I. Lamers (LiGa) stimmte gegen das Darlehen, da die Kreditaufnahme nicht von den zu finanzierenden Maßnahmen zu trennen sind. Und für den Straßenbau und den Bauhof wurde bisher schon wahrlich genug Geld hinausgeworfen.

Abstimmung: 19 - 1 (Lamers) - 0, angenommen

## 9. Annabau Ges.m.b.H., Konkursverfahren

Die Fa. Annabau Ges.m.b.H. mit dem Sitz in Gablitz häufte in den letzten Jahren eine Abgabenschuld an die Gemeinde von über S 220.000,- an. Die Gemeinde stellte daher im Frühjahr einen Konkursantrag, den sie jedoch nach einer Zahlung von ca. S 66.000,- wieder zurückzog. Da die Fa. jetzt im September endgültig in Konkurs gegangen ist, gilt

diese Zahlung als Begünstigung. Der Masseverwalter fordert daher von der Gemeinde diese geleistete Zahlung zurück. Der Gemeinde bliebe daher nur ein (aussichtsloser) Rechtsstreit offen. VBM Ehrengruber stellte den Antrag, auf diesen Rechtsstreit zu verzichten und die S 66.000,- zurückzuzahlen.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 10. Geomechanik Ges.m.b.H., außergerichtlicher Vergleich

Tja, so leicht kann man/frau „einfahren“ wenn man/frau sich auf die HL-AG verläßt. Die Fa. Geomechanik hat für die HL-AG die Probebohrungen in Gablitz durchgeführt. Dafür bezog sie von der Gemeinde 259,6 m<sup>3</sup> Wasser. Nun teilt der Anwalt der Fa. mit, daß sie die S 4.000,- nicht zahlen kann und bietet einen außergerichtlichen Vergleich mit 35 % an. Da kaum Chancen bestehen mehr zu erhalten, wird die Gemeinde darauf eingehen.

Abstimmung: 19 - 0 - 1 (Klimitsch), angenommen



## 11. Fa. Reifen-Földi, Wirtschaftsförderung

Herr Földi hat eine Reifenfirma im Allhang eröffnet. Gemäß der Wirtschaftsförderungsrichtlinie wird ihm für das erste Jahr 2/3 der Kommunalsteuer nachgelassen. Auf Anregung von D.I. Lamers (LiGa) wird in Zukunft bei der Vergabe der Wirtschaftsförderung als zusätzliches Kriterium auf die Einhaltung sämtlicher Bescheide geachtet.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 12. Ankauf eines Notarzwagens, Kostenzuschuß

Das Rote Kreuz und der Samariterbund haben gemeinsam einen Notarzwagen angeschafft. Die Gemeinden des Bezirkes teilen sich einen notwendigen Zuschuß von S 600.000,-- nach dem Einwohner-schlüssel auf. Gablitz hat daher eine Summe von S 102.168,-- aufzubringen.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 13. Kostenzuschuß 1996 für Tagesmütter

Gablitz hat als eine der ersten Gemeinden einen Zuschuß von S 300,-- pro Monat und Kind für Tagesmütter eingeführt. Dieser Zuschuß ist jedoch jedes Jahr zu verlängern. Da allerdings das neue Kinderbertreuungsgesetz ab 1997 einen Gemeindegzuschuß verpflichtend vorsieht, wird ab nächstem Jahr dieser freiwillige Zuschuß entfallen. GGR Ecker stellte daher den Antrag diesen Zuschuß für 1996 noch einmal zu beschließen.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 14. Öffentliches Schwimmbad, Geschäftsführerbestellung

entfällt

## 15. Pfadfindergruppe Gablitz, Bittleihe

GGR Ecker berichtet, daß die Pfadfinder die Gemeinde um Überlassung einer Lagerfläche ersucht haben. Da die Garagen in der Lefnaergasse freistehen, wird ihnen dort eine Teilfläche von 20 m<sup>2</sup> überlassen. D.I. Lamers (LiGa) machte den BM darauf aufmerksam, daß es sich hierbei um ein Präjudiz handelt und das gleiche Recht auch für andere Jugendgruppen abgeleitet werden muß. Wer einen Raum braucht, kann daher diesen Raum für seine Zwecke beantragen.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 16. Verpachtung einer Teilfläche, Grst. Nr. 142/30

Das neue Haus Ecke Linzerstraße/Wagnergasse hat Tiefgaragen und eine Ausfahrt mit 15 % Steigung. Da das etwas steil ist, ersucht der Eigentümer um eine zusätzliche Teilfläche im Ausmaß von 20 m<sup>2</sup> aus dem öffentlichen Gut. Obwohl das Problem be-

reits bei der Bauverhandlung absehbar war, kam GGR Kadlec erst in der Sitzung drauf, daß der Architekt noch einmal die gesamte Verkehrssituation prüfen soll.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 17. PKW Abstellplatz, Vermietung an das Landesgendarmeriekommando NÖ

Die Gendarmerie ersuchte die Gemeinde um Überlassung der Garage beim Gemeindeamt. Da damit auch der Verlust eines weiteren Parkplatzes verbunden ist, ist die monatliche Miete von S 300,-- ziemlich günstig. Es ist verwunderlich, daß die Gemeinderäte der SPÖVP freiwillig auch nur einen einzigen ihrer Parkplätze hergeben und einen etwas längeren Fußweg akzeptieren.

Abstimmung: 19 - 1 (Voigt) - 0, angenommen

## 18. Kläranlage, Vertragsverlängerung mit ÖBF

Das Grundstück der Kläranlage gehört zwar der Gemeinde aber bei der Ausfahrt gehören 200 m<sup>2</sup> den Bundesforsten. Diese Fläche wird jedoch als Umkehr- und Rangierplatz benötigt. Der Mietvertrag mit den ÖBF um S 500,-- wird um 5 Jahre verlängert.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 19. Steinbruchgasse, Herstellung der Wasserleitung, Vergabe der Baumeisterarbeiten

Für ca. 100 m muß die Wasserleitung errichtet werden. Die Fa. Pittl & Brausewetter hat in einer beschränkten Ausschreibung das beste Angebot (S 160.280,--) gelegt. GGR Kadlec stellte den Antrag den Auftrag an diese Fa. zu vergeben.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen



## 20. Stellungnahme zur Umweltverträglichkeits- erklärung der HL-AG

Es gibt zwei Strategien um wichtige Informationen vorzuenthalten. Entweder man/frau verweigert sie grundsätzlich oder man/frau versteckt sie in einem Wust von unwichtigen Details. Die HL AG wählte den zweiten Weg und verfaßte 14 Mappen a 5 - 10 cm Dicke für ihre Umweltverträglichkeitserklärung. Insgesamt bekam die Gemeinde daher ein Konvolut von ca. 1 m Papier und 4 Wochen Zeit um eine Stellungnahme abgeben zu können. Nach Rückfrage im Gemeinderat haben (auszugsweise) die für Gablitz wichtigen Unterlagen gelesen: GR Cech (Jurist), OAR Rischaneck (Gemeindebeamter) und GR D.I. Lamers (Umwelttechniker). Das ist deshalb so erwähnenswert, weil die Diskussion in diesem Lichte gesehen werden muß. Diese mangelnde Sachkenntnis befähigte die Mehrzahl der GemeinderätInnen sich für das Projekt zu begeistern und der UVE erfreut zuzustimmen. Da der einzige Techniker, der das Papier gelesen hat leider von der LiGa stammte, blieben seine Einwände unberücksichtigt. Die wichtigste Frage nämlich, die sich aus den vorgelegten Unterlagen ergibt, die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Riesenbaustelle und einer Deponie mit 1 Mio m<sup>3</sup> beantwortet die HL AG nur mit dem Argument der Kosten- und Bauzeitsicherheit. Also weil die HL AG Kosten und Zeit sparen möchte, haben wir eine Riesenbaustelle mit ca. 100 LKW pro Tag in unserem Ort. Die Stellungnahme der Gemeinde zur UVE hat den Zweck der Behörde zu helfen und zusätzliche Fragestellungen aufzuwerfen. So hätte die Gemeinde fordern können, daß die in der UVE skizzierte Alternativvariante ebenfalls eingehend geprüft wird und der Behörde vorgelegt wird. Diese Chance haben sich allerdings die GemeinderätInnen bewußt entgehen lassen. GR Cech behauptete sogar, daß die vorgelegte Variante die „ökologischste“ sei. Damit geht er sogar weiter, als die HL AG selbst, die diese Aussage in dieser Klarheit vermieden hat. Auf welchen sachlichen Grundlagen er diese Aussage getroffen hat, bleibt unbekannt. Beschlossen wurde daher eine „Wischiwaschi“ Stellungnahme in der die Behörde ersucht wird, auf das Verkehrsproblem besonderes Augenmerk zu legen (was sie sowieso tut). Eine Alternative zur Großbaustelle wurde nicht gefordert.

Abstimmung: 19 - 0 (Lamers) - 0, angenommen

## 21. Radwegeausbau, Grundsatzbeschluß

Der Verein Wien - Niederösterreich, das Wirtschaftsministerium und die Straßenverwaltung wollen in Gablitz (vom Allhang zum Riederberg) einen ca. 2,5 m breiten Radweg errichten. Gablitz hat nur einen Grundsatzbeschluß in dem die Zustimmung ausgedrückt wird zu fassen und in der Folge die Instandhaltungskosten zu übernehmen. VBM Neumayer glaubt zwar (entgegen der Versicherungen durch die Errichter) daß es zu Kosten für die Gemeinde kommen wird, diese sind jedoch noch nicht absehbar. Im Falle einer Kostenbeteiligung durch die Gemeinde wird der Gemeinderat noch einmal befaßt werden.

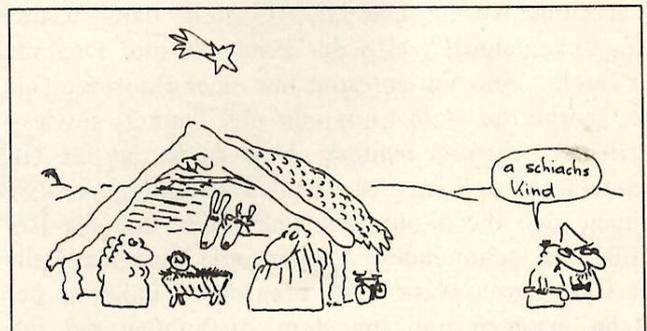
Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

## 22. NÖ Kinderbetreuungsgesetz 1996, Resolution

Gablitz probte den Aufstand. Der Bürgermeister legte eine von anderen Gemeinden übernommene Protestresolution gegen das neue Kinderbetreuungsgesetz vor. Darin sollte der Unmut über dieses Gesetz und die verlangte Mitfinanzierung durch die Gemeinde ausgedrückt werden. GR Lamers (LiGa)

merkte an, daß weder bei einem anderen Gesetz noch beim Beschluß der Regierung über das „Sparpaket“ eine Resolution verfaßt worden sei. Ausgerechnet, wenn die Kinderbetreuung neu geregelt wird, kommt Widerstand von Teilen der ÖVP. Da auch GR Voigt (SPÖ) und Gänger (ÖVP) sich gegen diese Resolution aussprachen zog der Bürgermeister den Antrag zurück. Der Prüfungsausschuß wird sich mit der prinzipiellen Frage der Kostenaufteilung Land - Gemeinde bei Gesetzen befassen und eine entsprechende Resolution (allerdings nicht gegen das Kinderbetreuungsgesetz) erarbeiten.

Ende des öffentlichen Teils ca. 22 Uhr.



## HL Bahn

Man/frau kann zum Bahnausbau und der Philosophie der Hochgeschwindigkeitsbahnen stehen wie man/frau will, als Gablitzer GemeinderatsmandatarIn sollte die Verantwortung für Gablitz an erster Stelle stehen. Daher ist es völlig unverständlich, wenn sich Gablitz im Rahmen seiner Stellungnahme zur Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) auf den Bauch wirft und „über den Gemeindebereich hinausschauend“ die Interessen der HL-AG vertritt. Auch wenn eine gewisse Dankbarkeit einiger Gemeindevertreter für die Exkursion vor zwei Jahren nach Deutschland auf Einladung der HL-AG mitspielt, sollte doch das primäre Interesse der Gablitzer GemeindevertreterInnen dem Wohl unseres Ortes gewidmet sein.

Da nun einmal die größte Einzelbaustelle des ganzen Vorhabens der HL-AG in Gablitz situiert sein wird und uns neben dem Lärm und Verkehr zur Bauzeit auch eine Deponie für 1 Mio m<sup>3</sup> Abraummateriale bescheren wird, wäre zumindest eine gewisse Skepsis dem Projekt gegenüber angebracht. In der Phase der UVE geht es auch nicht darum ein Projekt zu bekämpfen oder gar zu Fall zu bringen (was seitens der LiGa auch keineswegs gefordert wird) sondern lediglich darum, die zuständigen Behörden auf besondere Wünsche und genehmigungsrelevante Interessen der Gemeinde hinzuweisen. Ob die Behörde den Anregungen der Gemeinden folgt, steht sowieso wieder auf einem anderen Blatt.

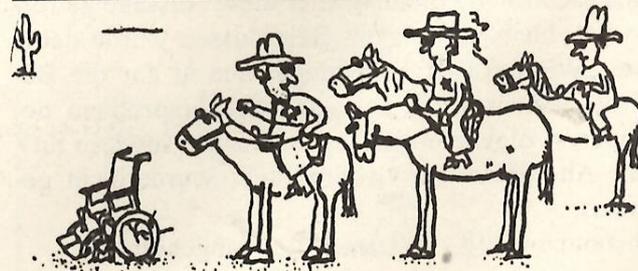
Aber die Gemeinde Gablitz, allen voran der „Umweltgemeinderat“ Michi Cech, konnte sich nicht durchringen auch nur den leisesten Wunsch an die Behörde heranzutragen. Ansätze dazu fanden sich in dem 1 m dicken Konvolut der HL-AG zur Genüge. Angefangen bei den Planungsgrundlagen, die auf bisher unüberprüfte Prognosen aus dem Jahr 1991 und früher zurückgehen, bis schließlich zur aktuellen Variantenauswahl. Die HL-AG stellt nämlich den „Zwischenangriff“, also der Baustelle und Deponie in Gablitz eine Variante mit nur einer Baustelle (die in Chorherren, dem Endpunkt des Tunnels sowieso errichtet wird) gegenüber. Und selbst in der HLeigenen Darstellung dieser beiden Varianten ist zu ahnen, daß die ökologisch sinnvollere und die Bevölkerung schonendere Variante die Einzelbaustelle in Chorherren wäre. Die Transporte könnten per Bahn erfolgen und mit dem Aushubmaterial des

Tunnels könnten (am Bahnweg) die vielen Kiesgruben des Tullnerfeldes zugeschüttet und saniert werden. Der einzige Grund der gegen diese Variante spricht, ist das Bauzeitrisiko (es könnte länger dauern) und damit ein Kostenrisiko. Weder technische noch sicherheitsrelevante oder gar ökologische Gründe sprechen gegen diese Variante.

Es wäre daher logisch, wenn die Gemeinde Gablitz die zuständige Behörde im Rahmen einer Stellungnahme zur UVE ersucht, diese Variante mit der gleichen Sorgfalt und der gleichen Gewichtung zu untersuchen wie die gewählte Variante mit der Gablitzer Baustelle. Logisch war diese Stellungnahme jedoch nur aus der Sicht der LISTE GABLITZ. Es hatte zwar, außer dem Wirtschaftler Cech kein/e andere/r GemeinderatIn die Unterlagen durchgelesen (auch GR Cech hatte sich auf einige wenige Bände beschränkt), alle fanden jedoch Gründe die von D.I. Lamers vorgebrachten Argumente (der zumindest die drei wichtigsten Bände gelesen hat) vom Tisch zu wischen. Eine Aufsichtsratsitzung der HL-AG geht vermutlich kritischer mit diesem Projekt um, als die Gablitzer GemeinderatInnen.

Deren wichtigste Frage im Zusammenhang mit der Großbaustelle ist immer nur, wieviel Steuereinnahmen die Gemeinde an diesem Vorhaben einnehmen und wie der Kuchen verteilt werden könnte. Daß das Projekt über mindestens zwei Jahre eine Zunahme des LKW Verkehrs von mindestens 100 LKW/Tag bedeutet und damit sowohl die ökologische als auch die verkehrstechnische Situation stark in Mitleidenschaft gezogen wird, interessiert die so „weitsichtigen“ und „über den Tellerrand hinausschauenden“ GemeinderatInnen der 4 Koalitionsparteien nicht.

LiGa



„Keine Bange, zu Fuß kommt er nicht weit.“

**Der Schandfleck von Gablitz**

Gablitz hat zwar einen überdimensionierten, in der Relation zur Einwohnerzahl höchstwahrscheinlich auch den teuersten (ca. 30 Mio S), Bauhof. Gablitz hat gleichzeitig aber auch das häßlichste Buswartehäuschen - für ein neues hat es seit Jahren nicht gereicht..

Wenn Sie schon mal beim Gemeindeamt (übrigens auch renovierungsbedürftig) auf den Bus gewartet haben, wird es Ihnen sicher aufgefallen sein. Den GemeinderätInnen ist dieser Schandfleck, obwohl er direkt vor der Haustüre liegt, offenbar noch nicht aufgefallen. Kein Wunder, die Parkplätze liegen ja auf der anderen Seite des Gebäudes.

Eine Schande für eine Gemeinde, die sich um den Titel „Die Gemeinde mit dem schönsten Blumenschmuck in NÖ“ beworben hat. Den Wettbewerb um das scheußlichste und schmutzigste Buswartehäuschen hätte Gablitz sicher gewonnen.

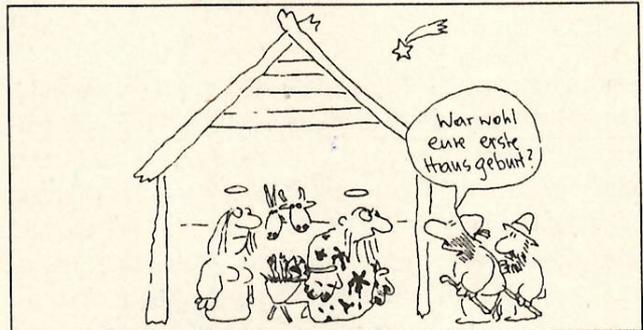
Dagmar



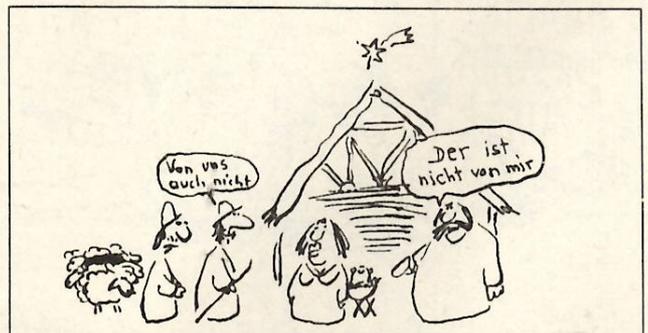
## Serviceseite



- **Frauen**
  - Notruf für vergewaltigte Frauen: 0222/93 22 22
  - Frauenhaus Wien: 0222/ 3156 56
  - Frauenhaus St. Pölten: 0274/ 2014
  - Ambulatorium für Schwangerenberatung: 0222/51 29 631
  - Frauenministerium: 0222/53 115
- **Kinder**
  - Kindertelefon: 0222/31 66 66
- **Konsumentenschutz**
  - AK Konsumentenschutzabteilung: 0222/58 883
  - Verein für Konsumenteninformation: 0222/58 78 686
- **Menschenrechte**
  - Amnesty International: 0222/ 50 54 320
- **Soziales**
  - Rotes Kreuz: 2144, Notruf 144
  - Arbeitersamariterbund: 2244
  - Kummernummer (Sozialministerium): 0222/58 73 587
- **Sozialstation Purkersdorf**
  - Beratungsstelle: Wienerstraße 12, 3002 Purkersdorf: 58 10
- **Sucht**
  - Anonyme Alkoholiker: 0222/406 81 64 oder 0222/798 82 41
  - Angehörige von alkoholkranken Menschen (Al-Anon-Familiengruppe: 0222/408 53 77
- **Tiere**
  - Bund der Tierversuchsgegner: 0222/71 30 824
- **Umwelt**
  - Abfall- und Komposttelefon der NÖ Landesregierung: 0222/53 110/3214
  - Gamma Meßstelle des Ökologie Instituts: 0222/48 22 89
  - NÖ Umweltschutzanstalt: 02236/84 541
  - Ozontelefon: 0222/53 110/44 44
  - Greenpeace: 0222/71 30 031



**Die Mitarbeiter  
der Liste Gablitz  
wünschen Ihnen  
alles Gute und  
viel Erfolg  
für  
1997**



**Impressum:** M., H., V.: Alternative Liste Niederösterreich, Hermannsgasse 25/2/18, 1070 Wien

**Redaktion:** Kurt Horvath (3192), Dagmar und Gottfried Lamers, Irene Bochno (4122), Andreas Daxbacher (Tintifax 4075), Fritzi Weiss (61315)

**Aufgabepostämter:** 1150, 3300; **Verlagspostamt:** 1070